

Kurzinformationen

Das christliche Menschenbild bildete in den letzten Wochen vornehmlich den Gegenstand der päpstlichen Mittwochansprachen („*Osservatore Romano*“, 18. und 25. 7. 68). Der Papst setzte sich dabei mit der Tendenz der heutigen jungen Generation nach einem neuen Humanismus auseinander. Die von den Vätern geschaffene Gesellschaft werde von ihr als unakzeptabel abgelehnt, das von ihr geschaffene Gute gern vergessen. Dieser Tendenz nach einem neuen Humanismus stellte der Papst den Menschen gegenüber, der als echter Christ auch und gerade ein echter Mensch sein könne, der sich vollkommen und frei selbst verwirkliche, indem er die Menschlichkeit Jesu Christi zum Maßstab seines Handelns mache. In diesem Menschenbild nimmt jedoch, so führte der Papst weiter aus, die christliche Buße einen besonderen Platz ein. Einwände gegen diesen christlichen Humanismus (z. B. der katholische Glaube stelle dogmatische Lehren über das Gewissensurteil, er schwäche gerade in seinen Moralauffassungen das echte sittliche Empfinden u. a.) wies der Papst zurück, indem er klarstellte, daß der Glaube die wahre Freiheit des Menschen keineswegs beeinträchtigt; vielmehr bringe er das echte Menschsein erst zur vollen Entfaltung, indem er ihn vom moralischen Indifferentismus frei mache und ihm die Erkenntnis von Gut und Böse vermittele. In einem christlichen Humanismus müsse den natürlich-menschlichen Tugenden größte Aufmerksamkeit geschenkt werden. Hier nennt der Papst neben dem Sinn für Gerechtigkeit Pflichtgefühl, Großmut vor allem die Aufrichtigkeit. Er verwirft die falsche Ansicht, daß der „Christ mit Gedanken und Worten ein doppeltes Spiel treibe“. Indem er sich ein Wort von G. Bernanos zu eigen macht, sagte er, „Heuchelei wird nicht vom Mantel der Religion gedeckt“. Diese Aussage des Papstes dürfte im Zusammenhang mit der von ihm von Priestern und Gläubigen geforderten Zustimmung zur Enzyklika *Humanae vitae* für diejenigen, welche ihre Gewissensüberzeugung nicht aufgrund einer reformablen Lehräußerung des Papstes aufgeben können, von Bedeutung sein, wenn es darum geht, päpstliche Autorität und Gewissen zu versöhnen.

Der **Arbeitsausschuß von Faith and Order** tagte nach der Vierten Vollversammlung des Weltkirchenrates vom 21. bis 24. Juli in Sigtuna, Schweden, um die Planung für die künftige Studienarbeit festzulegen. Der Arbeitsausschuß, früher nur aus 25 Delegierten bestehend, war gemäß der in Uppsala beschlossenen Vergrößerung der Kommission erweitert worden, ihm gehören jetzt von den neun römisch-katholischen Mitgliedern zwei an, Prof. J. Medina (Chile) und Dom E. Lanne (Rom). Zu den deutschen Teilnehmern gehören der lutherische Bischof H.-H. Harms, Oldenburg, und Prof. H.-H. Wolf, Bochum. Gemäß dem Beschluß der Vollversammlung, das Thema der Einheit der Christen in den Zusammenhang mit der Einheit der Schöpfung zu stellen, wurde beschlossen, das Thema „Einheit“ weiter aufzufächern und auch Vertreter anderer wissenschaftlicher Disziplinen heranzuziehen. Es wurde ferner beschlossen, die Studienarbeit an folgenden Themen aufzunehmen bzw. fortzuführen: 1. Die Ordination und das Konzil von Chalcedon; 2. Die hermeneutische Arbeit zur Frage der Autorität der Schrift sowie „Der Mensch in Natur und Geschichte“ (vgl. HK ds. Jhg., S. 25 f. und 69 f.). Die nächste Tagung der Gesamtkommission wurde für 1971 geplant. Besondere Studiengruppen sollen für die Diskussionen mit den römisch-katholischen Delegierten gebildet werden (epd, 25. 7. 68).

Die **Vierte Britische Konferenz Christlicher Jugend**, die vom 26. Juli bis 2. August 1968 in Edinburgh tagte, war so problematisch in ihrem Verlauf, daß einer ihrer Hauptakteure, Albert van den Heuvel, Leiter der Informationsabteilung des Ökumenischen Rates, sagte, sie sei „im Stil 68“ abgelaufen. An die Stelle der „Guru-Manier“, d. h. Vorträge von Experten an die zuhörende Jugend, war das Teach-in getreten, an dem auch die römisch-katholischen Delegierten teilnahmen. Themen waren

„Demokratie, hat sie noch Zukunft?“, „Weltarmut und wir“, „Christus und Marx“, „Die Kirche für andere“, „Was ist der Mensch?“ usw. Aber der Verlauf war etwas anders als die Planung. Es gab zunächst mehr Konfusion als erwartet und bei den Veranstaltern eine entsprechende Enttäuschung. Als ein etwas dramatischer Höhepunkt kam hinzu, daß die Enzyklika Papst Pauls VI. gegen die künstliche Geburtenkontrolle gerade während der Konferenz erschien und stürmischen Protest auslöste, der auch dem Papst in einem Brief mit Hunderten von Unterschriften zugeleitet wurde, obwohl anwesende katholische Priester ebenso wie van den Heuvel sich bemühten, der Sache ihre beste Seite abzugewinnen und wenigstens die Intentionen des Papstes zu respektieren. Als dann gegen Ende der Konferenz eine Abendmahlsfeier mit offener Kommunion in der St.-Cuthbert-Kirche abgehalten wurde, ließen zahlreiche römisch-katholische Delegierte es sich nicht nehmen, dem Verbot ihrer Bischöfe entgegen zum schottischen Abendmahl zu gehen. Hier zeigten sich die Folgen der etwas zu sehr „hochgespielten“ Jugend auf der kurz vorher beendeten Vierten Vollversammlung des Weltrates der Kirchen in Uppsala. Man wurde die Geister des Protestes gegen die Kirchen, die sich nicht genug der Armen annehmen, nicht mehr los. Während die Zehnte Lambethkonferenz sich bemühte, einen maßvollen Kurs zu steuern (vgl. ds. Heft, S. 408), ging die christliche Jugend in Edinburgh entschlossen auf Revolutionskurs, so daß die Konferenz vorzeitig abgebrochen wurde (vgl. die Berichte in „Church Times“, 26. 7. 68, 2. und 9. 8. 68).

Eine **Union der Anglikanischen Episkopalkirche in Kanada mit der United Church of Canada** (gegr. 1925) ist eines der 19 Unionsprojekte, die es der Anglican Communion erschweren, ihren eigenen Zusammenhalt auszubauen (vgl. ds. Heft, S. 408). Welche Verheißung wiederum auf dieser neuen Union liegen kann, zeigt eine Studie des anglikanischen Professors für Dogmatik in Vancouver, W. R. Crockett, über „Die Theologie der Offenbarung und die Prinzipien der Union“ (veröffentlicht in: „the ecumenist“ Vol. 6, Nr. 4, 1968, S. 152—156). Die „Prinzipien der Union“, die den Verhandlungen zugrunde liegen, enthalten eine Art Bekenntnis: „Wir sind geeint im Glauben, den die Kirche immer an Jesus Christus, den Erlöser der Welt, hatte, in dem wir gerettet sind aus Gnade durch den Glauben, und in Übereinstimmung mit der Offenbarung Gottes, die er durch seine Fleischwerdung gegeben hat und die wir anbeten im Gottesdienst vor Gott dem Vater, Sohn und Heiligen Geist.“ Zu dieser Formel erklärt Crockett, sie sei zwar traditionell, wolle aber den Glauben nicht in archaischen Formeln einfrieren. Den Beweis dafür gibt er in einer Theologie der Offenbarung, die — ebenso wie die Dogmatische Konstitution *Dei Verbum* — nicht mehr an Glaubenssätze, sondern an Gottes Selbstmitteilung anknüpft, um dann, K. Rahner folgend, die prinzipielle Offenheit des Menschen für die Offenbarung zu entwickeln, so daß diese nicht ganz von außen komme, sondern den Glauben ermögliche. Von dieser Voraussetzung geht er auch die Lösung des Problems der Säkularisation als eines historischen Prozesses an, mit dem die Kirchen fertig werden müssen, ohne sich hinter einer christlichen Ideologie zu verschanzen. Ebenso möchte er aus der Tatsache heraufzuführen, daß der derzeitige liturgische Gottesdienst als unwirklich erfahren werde, weil er nicht die wirkliche Antwort des Menschen auf die wirkliche Anrede Gottes sei. Wenn unter solchen theologischen Aspekten eine Union der protestantischen Gemeinschaften mit einer anglikanischen Kirche entsteht, scheint die Fruchtbarkeit der Konzilstheologie erwiesen.

Über **zunehmende Spannungen zwischen russisch-orthodoxen und griechisch-katholischen Gemeinden und Gläubigen in der Ostslowakei** berichtet eine Reportage von E. Pacajova-Kardosova im Organ des slowakischen Jugendverbandes „Smena“ (21. 7. 68). Die Autorin bereiste wochenlang die einzelnen

Gemeinden, um sich ein Bild von der konkreten Lage zu machen. Wie bekannt, wurde die griechisch-katholische Kirche der Slowakei 1950 in die russisch-orthodoxe Kirchengemeinschaft zwangseingegliedert. Im Zuge der Liberalisierung wurde sie als eigene Religionsgemeinschaft offiziell wieder zugelassen. Seitdem spielt sich, fast unbeachtet, im Schatten der großen politisch-gesellschaftlichen Ereignisse zwischen den griechisch-katholischen und orthodoxen Gläubigen und Popen ein erbitterter Kampf ab, indem sich der Groll und Haß einer 18jährigen Unterdrückung der griechisch-katholischen Gläubigen durch die regimetreue russisch-orthodoxe Kirche entlädt. Die Mehrzahl der russisch-orthodoxen Geistlichen stehe, so erklärt die Autorin, immer noch zu ihren „religiösen und sozialistischen Überzeugungen, zur Freundschaft mit der Sowjetunion“. Dafür seien viele bereit, „Agitation zu betreiben“. Aufgrund dieser Tatsache sei zu erwarten, daß der Widerstand gegen diese Geistlichen sich in Zukunft noch versteifen und verschärfen werde. Hier wirke nach, daß im Jahre 1950 die griechisch-katholische Kirche durch einen einfachen Erlaß als nicht-existent erklärt und im ostslowakischen Bezirk 341 griechisch-katholische Geistliche in die Bergwerke oder Grenzgebiete verschickt wurden. Um die wirkliche Situation zu beleuchten, bringt *Pacajova-Kardosova* einige Beispiele. Im Bezirk Humenne liegt das früher rein griechisch-katholische Dorf Nagov. 411 Personen (Erwachsene über 18 Jahre) hätten nun ihre Rückkehr zu ihrer früheren griechisch-katholischen Konfession erklärt. Bei der orthodoxen Kirche verblieben nur 6 Personen — angeblich aus Sympathie für den dortigen orthodoxen Geistlichen. Damit sei die Kirche des Ortes — gemäß Regierungsbeschluß — der Mehrheit zugefallen. Daraufhin sei sie in einer Nacht von der orthodoxen Minderheit, der man allerdings den Zutritt verweigert hatte, vollständig zerstört worden. In Molcsanyi sei ein Pope blutig geschlagen worden, weil er sich geweigert hatte, der Aufforderung der griechisch-katholischen Gläubigen, das Dorf zu verlassen, Folge zu leisten. In Cabiny würden die orthodoxen Geistlichen „wie Judas“ behandelt. Man gieße ihnen Petroleum in den Brunnen. Als einer von ihnen gestorben sei, konnte ihm erst nach Intervention der Behörde im Friedhof ein Platz zugewiesen werden. Obst und Gemüse in ihren Gärten würden vernichtet, sie selbst und ihre Familien boykottiert. Haß und Streit habe bereits zu einem Toten geführt.

Die ekuadorianische Bischofskonferenz hat bei ihrer jüngsten Zusammenkunft in Quito in bisher radikalsten Formulierungen zur Notwendigkeit einer **Sozialreform durch grundlegende Umwandlung der gesellschaftlichen Strukturen** Stellung genommen. Diese sei die *conditio sine qua non* einer integralen Entwicklung. „Unwissenheit, Unverantwortlichkeit, Ungerechtigkeit und Unterdrückung stehen in einem Wesensgegensatz zum Evangelium“, erklären die Bischöfe. Das ständig wachsende Bewußtsein, daß unter dem gegenwärtigen Gesellschaftssystem ein Ausweg aus dem Zustand der Unterentwicklung unmöglich sei, führe immer mehr zu einer „unausweichlichen Situation der Gewalt“ im Lande, die eine „umfassende, grundlegende, beschleunigte und planmäßige gesellschaftliche Strukturreform“ erfordere. Der Wirtschaftsstruktur des Landes entsprechend müsse daher mit der Agrarreform begonnen werden. Die schwerwiegenden Mängel der Agrarstruktur hätten dazu geführt, daß zwei Drittel der Landarbeiter am Rande des gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Lebens existierten. Diese Mängel seien darüber hinaus die Ursache dafür, daß eine „schmale, der Armut ihrer Brüder gleichgültig gegenüberstehende Schicht in einem antichristlichen Egoismus über Güter verfüge, die ihr nur aufgrund der Privilegien ihrer sozialen Stellung zufallen“. Dadurch versperre sie der Mehrzahl der Bevölkerung den Zugang zu den wirtschaftlichen, kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Vorteilen („Noticias Aliadas“, 10. 8. 68). Der Staat habe die gegenwärtig stagnierende Agrarreform als ersten Schritt der Strukturreform in Angriff zu nehmen. Diese sei freilich — und damit üben sie Kritik an der Agrarreform — keine „simple Landüberweisung“, sondern müsse dem Recht der Bauern auf Eigentum

Genüge tun, die Produktion und Arbeitsproduktivität steigern. Die Aufgabe der Kirche als Volk Gottes sei es, den von Christus erlösten Menschen auch von allen „übrigen Knechtschaften, unter denen er leidet, zu befreien“. Die Kirche wende sich nicht nur an die herrschenden Kreise, indem sie diese auffordere, ihre Pflicht zu erfüllen, sondern helfe den am Rande des gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen Lebens Stehenden, indem sie sie ermutige, ihre Rechte zu fordern, sich ihrer Elendsituation und ihrer entsprechenden Verantwortung bewußt zu werden, indem sie die Gründung gesellschaftlicher Zwischengebilde empfehle, welche diesen Gruppen helfen sollen, ihre Not zu überwinden.

Einen erstaunlichen **Vorschlag zur Lösung der Palästinafrage** lancierte *Markus Barth* nach Rückkehr von einer Reise durch Israel in „Journal of Ecumenical Studies“ (Vol. 5, Nr. 2, 1968, S. 346 f.). Im Gespräch mit bedeutenden Freunden von Martin Buber wie mit verständigen Arabern in Cis-Jordanien habe er erfahren, daß sich eine intelligente Minderheit beider Völker über die Schaffung eines aus Israel und Jordanien bestehenden Bundesstaates nach dem Vorbild der Schweiz verständige, eine Lösung, die den Namen „Palästina“ tragen und trotz der arabischen Majorität der Bevölkerung der israelischen Minorität den größeren politischen Einfluß infolge ihres technologischen Know-how geben würde. Barth ist sich des utopischen Charakters der Idee bewußt, aber auf dem Hintergrund der Alternative endloser Kriege könnte sie an Realität gewinnen, wenn sich die rechten Vermittler einschalten, die ins Einvernehmen gekommenen Supermächte USA und UdSSR. Die Christen hätten leider die Möglichkeit einer Vermittlerrolle verspielt, der Papst ebenso wie der Weltkirchenrat, und doch seien sie verpflichtet, durch intensive Pflege des Dialogs sowohl mit den Israelis wie den Arabern etwas in dieser Richtung zu tun.

Über ein **Anwachsen der Kriminalität in der Sowjetunion** berichteten in letzter Zeit sowjetische Zeitungen und Zeitschriften. Während bisher die Jugendkriminalität eins der kritischsten gesellschaftlichen Probleme darstellte, häufen sich immer mehr Fälle von Korruption und Unterschlagung sozialistischen Eigentums, die von Erwachsenen begangen werden. Hinsichtlich der Jugendkriminalität haben neuere soziologische Untersuchungen (vgl. *Sociologija na Ukraine*, Kiew 1968) ergeben, daß Studenten und junge Arbeiter immer noch sehr stark an Rechtsverletzungen beteiligt sind. Fast 20% der Gesamtzahl der jugendlichen Kriminellen seien Mitglieder des kommunistischen Jugendverbandes Komsomol; von ihnen gingen 38,5% einer geregelten Beschäftigung nach, 36,5% seien noch schulpflichtig und nur 25% würden weder arbeiten noch in die Schule gehen. So gut wie alle kämen aus gutsituierten Familien, der überwiegende Teil sei mit dem Gehalt zur Zeit der Straftat zufrieden gewesen und kein einziger habe aus materieller Not gehandelt. Damit dürfte auch die offizielle These, daß kriminelle Handlungen nur von „gesellschaftlich unnützen Elementen“ begangen würden und ein „Überbleibsel der Vergangenheit“ seien, das auf den Einfluß der „imperialistischen Propaganda“ zurückzuführen sei, sich als der Wirklichkeit widersprechend erwiesen haben. Jedenfalls wird sie kaum von den sowjetischen Pressemeldungen der jüngsten Zeit bestätigt. So berichtete z. B. die „Komsomolskaja Prawda“ (5. 6. 68), daß in einem Kindergarten in Rostov sieben Frauen, welche führende Positionen in den Ortssowjets innehatten oder einen Lehrberuf ausübten, 40 000 für die Kinder bestimmte Rubel unterschlagen und mit dem Geld Orgien gefeiert hätten, während sich die Kinder mit verdünnter Milch und Porridge zufriedengeben mußten. Nach einem Bericht der „Sovetskaja Rossija“ (12. 6. 68) seien in Moskau in einer homöopathischen Klinik Krebskranke gegen immense Honorare mit unwirksamen homöopathischen Methoden behandelt worden. Gewaltverbrechen würden immer mehr von Hochstapeleien abgelöst, die von ehrbaren Mitbürgern begangen würden. Besonders beliebt seien Übervorteilungen ausländischer Touristen.